

Bremsen lösen für Infrastruktur- und Gewerbeansiedlungen



© Giuseppe Porzani - Fotolia.com

Ob neue Autobahnbrücke oder zusätzliche Produktionshalle – Planen und Bauen dauert in Deutschland viel zu lange. Manchmal nicht nur Monate, sondern Jahre oder Jahrzehnte. Dementsprechend wächst der Unmut allerorten.

Die Unternehmen bewerten den Zustand der Verkehrsinfrastruktur nur mit der Note 3,5 und den Ausbau der Digitalisierung sogar nur mit einer 3,7, so das Ergebnis eines DIHK-Unternehmensbarometers. Ähnliches gilt für Gewerbeansiedlungen oder den Stromnetzausbau, wie das [DIHK-Energiewendebarmeter](#) verdeutlicht. Vor diesem Hintergrund ließ der DIHK untersuchen, wo Beschleunigungen in Planungs- und Genehmigungsverfahren möglich sind. Gemeinsam mit den IHK's in Deutschland wurden anschließend konkrete Vorschläge zusammengestellt:

Einheitliche und übersichtliche Planverfahren schaffen

In Deutschland gibt es für alles Spezialgesetze und gesonderte Verfahren: für Autobahnen, für Eisenbahnen sowie den Netzausbau. Der DIHK setzt sich dafür ein, dass zukünftig alle Infrastrukturen nach einem einheitlichen Planverfahren geplant und gebaut werden. Das schafft einerseits eine größere Transparenz. Andererseits können so die bereits in einzelnen Spezialgesetzen vorhandenen Beschleunigungseffekte für alle Planverfahren genutzt werden.

Einmalige Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltprüfung

Außerdem sollte die Zahl der Planungsstufen insgesamt reduziert und der Prozess entschlackt werden. Bislang gibt es auf jeder Planungsstufe eine gesonderte Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltprüfung. Häufig wissen weder Bürger noch Verbände oder Unternehmen, wann der richtige Zeitpunkt ist, sich in die Diskussion einzubringen. Der DIHK schlägt daher vor, die Öffentlichkeits- und Umweltprüfung in einem Hauptsacheverfahren durchzuführen, in dem die berechtigten Interessen – ob von Bürgern, Unternehmen oder Umwelt – vorgetragen und diskutiert werden. In den nachfolgenden Verfahrensstufen würde dann auf das Ergebnis dieser zentralen Abwägungsentscheidung verwiesen.

Mit Digitalisierung neue Wege beschreiten

Ein weiteres Problem: Häufig werden Infrastrukturvorhaben noch analog geplant, und viele wichtige Planungsunterlagen und Gutachten stehen nicht im Internet zur Verfügung. Der DIHK empfiehlt, grundsätzlich alle Plan- und Genehmigungsunterlagen bis hin zum Gerichtsverfahren auch digital zur Verfügung zu stellen. Das würde für mehr Verfahrensinformation und -transparenz sorgen. Zudem ließen sich auf diesem Wege Doppelprüfungen und -erhebungen vermeiden.

Gewerbeansiedlungen beschleunigen

Egal, ob es um die Erweiterung eines bestehenden Gewerbe- oder Industriebetriebes geht oder um eine Neuansiedlung: Grundsätzlich ist ein zweistufiges Bauleitplanverfahren erforderlich und überdies eine bau- oder immissionsschutzrechtliche Genehmigung nötig. Auch dieser Verfahrensablauf enthält Doppelprüfungen, beispielsweise mit Blick auf Umweltvorgaben und wegen der mehrfachen Beteiligung der Öffentlichkeit. Durch ein einheitliches Bauleitplanverfahren im Baurecht mit integrierter Zulassungsentscheidung können Verfahrensstufen zusammengefasst werden.

Gerichtsverfahren verkürzen

Vielerorts gibt es Streit über neue Autobahnwege, Stromtrassen oder Gewerbeansiedlungen. Dann ist in der Regel der Verwaltungsgerichtsweg eröffnet. Häufig gehen die Verfahren durch alle Instanzen, und es dauert Jahre – oder wie bei der Hamburger Elbvertiefung Jahrzehnte –, bis eine rechtskräftige Entscheidung vorliegt. Der DIHK setzt sich dafür ein, dass bei bedeutsamen Projekten, etwa infrastrukturellen und industriellen Großvorhaben, Spezialsenate bei den Oberverwaltungsgerichten fachlich versiert und effektiv entscheiden.

Bundesweit und am Mittleren Niederrhein

Planungsbeschleunigung ist das zentrale Thema, um die Energiewende, die Herausforderungen der Digitalisierung und den Infrastrukturausbau meistern zu können. Dies gilt insbesondere in IHK-Bezirk Mittlerer Niederrhein, der zusätzlich den Strukturwandel durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung zu bewältigen hat.

Die Vollversammlung der IHK Mittlerer Niederrhein hat daher beschlossen, dass die Positionen zur Beschleunigung von Planungsverfahren auch für unsere Aktivitäten gelten sollen.

Downloads

- DIHK-Broschüre "Bremsen lösen für Infrastrukturausbau und Gewerbeansiedlungen"

Ansprechpartner

Silke Hauser

Telefon: +49 2151 635-344

Telefax: +49 2151 635-44344

E-Mail: Silke.Hauser@mittlerer-niederrhein.ihk.de



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Nordwall 39
47798 Krefeld

Dokument-Infos

Webcode: 22539

Ausdrucksdatum: 02.12.2020